

# MEPIATUS

Zeitschrift für handlungsorientierte Friedensforschung

Sondernr. 1/91

Weilheim, 11. Jahrgang

Einzelpreis DM 8,-

## Deutsche Streitkräfte im Umbruch

### INHALT

Die künftige Struktur der Bundeswehr  
Wieviele Soldaten braucht Deutschland?  
Der militärische Faktor im künftigen Europa?  
Anfang und Ende einer Militärreform  
Das unrühmliche Ende der NVA  
Konversion der DDR-Armee und -Wirtschaft

Register: Bundeswehrverbände vor der Kaderung  
übernommene Dienststellen der NVA  
freiwerdende Militärobjekte in der Ex-DDR

### Nationale Führungsstruktur der Bundeswehr - Amtliches Denkmodell für die Zeit nach 1994 -



# Vorwort

Vierzig Jahre Ost-West-Konflikt sind beendet. Vierzig Jahre stabile Freund-Feind-Schemata lösen sich auf. Der Kalte Krieg ist beendet. Die Öffnung Osteuropas und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten haben die politisch-militärische Teilung Europas aufgehoben.

Viele der Grundlagen, auf denen Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer vierzig Jahre lang auch die westeuropäische Gesellschaften gestalteten - und die nähere und mittlere Zukunft gestalten wollten -, haben keine oder nurmehr geringere Gültigkeit. Die Konsequenzen gerade für die Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten sind viel gravierender, als es heute manchem scheinen mag. Was nun? So lautet die zentrale Frage. Welche neue Form einer stabilen europäischen Ordnung soll angestrebt werden? Kann überhaupt und wenn ja, wie, neue Stabilität auf dem alten Kontinent entstehen?

Soll Gesamteuropa die KSZE zu einer Institution des Zusammenwachsens zwischen Ost und West unter Einschluß der UdSSR - oder der staatlichen Zerfallsprodukte der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken - ausgestalten? Oder sollen die westlichen Institutionen der Integration, Europäische Gemeinschaft und NATO, stufenweise ausgebaut und vielleicht gar nach Osten erweitert werden, um die künftige Entwicklung Europas zu gestalten?

Welche Rolle wird das neue Europa weltpolitisch spielen? Wie entwickelt sich das Verhältnis Europas zu den USA und Japan? Welche neuen Kräfteverhältnisse ergeben sich innerhalb Europas? Zwischen Großbritannien, Frankreich und dem wiedervereinigten Deutschland? Und der Sowjetunion? Welches Gewicht kommt der wiedervereinigten Bundesrepublik künftig zu?

All diese Fragen sind zunächst primär politische Fragen. Zugleich aber hängen die politischen Antworten, die auf sie gegeben werden, nicht zuletzt von den noch vorhandenen bzw. zukünftigen militärischen Potentialen der Beteiligten ab. Wieviel bleibt von den riesigen Militärpoten-

tialen des Kalten Krieges? Wie weit wird wirklich abgerüstet werden? Und vor allem: Wer rüstet wieviel ab?

Dem größer gewordenen Deutschland kommt eine entscheidende Rolle zu. Was wird aus der Bundeswehr? Wie weit wird sie ab- und umgebaut? Wo stehen die Probleme mit der Bewältigung der militärischen Altlasten des Kalten Krieges an? Und welche Rolle werden die verbleibenden deutschen Streitkräfte künftig spielen? Können sie erneut als Potential der Destabilisierung in Europa fungieren? Oder wird eine solche Möglichkeit ausgeschlossen?

Sind Ängste in Polen usw. begründet, daß ein geeintes Deutschland nationale militärische Strukturen, Kräfte und Doktrinen schafft, die mittel- oder langfristig zu einer erneuten Bedrohung der europäischen Nachbarn im Osten der Bundesrepublik führen können?

Dieses MEDIATUS-Sonderheft "Deutsche Streitkräfte im Umbruch" diskutiert diese Fragen für die vereinigte Bundesrepublik. Eingangs werden die künftigen Strukturen bundesdeutscher Streitkräfte - wie sie gegenwärtig geplant sind - vorgestellt und bewertet. In den beiden Beiträgen von Hans-Joachim Gießmann, Wolfgang Schwarz und Lutz Kleinwächter wird der Frage nachgespürt, welche Rolle der militärische Faktor im künftigen Europa haben wird und welches deutsche Streitkräftepotential dem angemessen ist. Die aus den Koalitionsverhandlungen im Januar 1991 verlautbarte Absicht, den Verteidigungshaushalt nicht wesentlich zu kürzen, sondern auf dem Stand von 1990 einzufrieren und zudem Abrüstungskosten in anderen Einzelplänen unterzubringen, ist Veranlassung genug, zu fragen, wie die gesamtdeutsche Armee künftig aussieht, und welche politischen Implikationen diese Struktur hat.

Ein wesentlicher Teil dieses Heftes befaßt sich mit der Übernahme der militärischen Strukturen der Ex-DDR: Vom Scheitern-Lassen der Militärreform über das unrühmliche Ende der NVA und dem Umgang mit ihrem materiellen Erbe bis hin zum Versagen der Konversionsbemühungen

dokumentieren ostdeutsche Autoren - überwiegend aus eigener Betroffenheit - hier, was der Vereinigungsprozeß auf militärischem Sektor in den neuen Bundesländern zeitigte.

Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. gibt hier Mitgliedern der Berliner Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik (SES) und der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. (DSS) bewußt Raum, um die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Bemühungen um friedenspolitisch verantwortbare, sozial und ökologisch bewußte Lösungen zur Zusammenführung der beiden deutschen Armeen, Konversionsmodelle und ein Stück Zeitgeschichte zum Vereinigungsprozeß auf militärischem Sektor darzustellen. Ehemalige NVA-Offiziere und Politikwissenschaftler, die in der kurzen Phase des Umbruchs von November 1989 bis zum Oktober 1990 eigenständige sicherheitspolitische Ideen entwickelt haben, sollen hier ein Forum zur Veröffentlichung ihrer Erkenntnisse erhalten. Mit den Registern zu den vorgezogenen Maßnahmen zur Kaderung von Bundeswehrverbänden im Jahre 1991 (Seite 6 und 7), zu den Dienststellen und Einrichtungen der NVA, die von der Bundeswehr übernommen wurden (Seite 32 bis 36) und zu den aufgelassenen Militärliegenschaften in der Ex-DDR (Seite 41 bis 46) bietet dieses MEDIATUS-Sonderheft zugleich eine Informationsquelle für Wissenschaftler, Friedensbewegte und Politiker, die sich mit den regionalen Folgen des Umstrukturierungsprozesses deutscher Streitkräfte beschäftigen.

Neben dem Beitrag zur beginnenden sicherheitspolitischen Debatte um künftige Streitkräftefunktionen liegt in diesen Teilen und der empirischen Dichte anderer Beiträge das Ziel, die in der Alt-Bundesrepublik gewachsene Kompetenz und das Sachwissen von BürgerInnen gegenüber dem Militärapparat zu nähren und auch in den ostdeutschen Bundesländern zu wecken.

Otfried Nassauer  
Erich Schmidt-Eenboom

## **Rien ne va plus?**

### **Zur Zukunft des militärischen Faktors in und für Europa**

In den Jahrzehnten des kalten Krieges und der zugespitzten Ost-West-Konfrontation, d. h. - historisch gesehen - bis vor kurzem, wurde dem militärischen Faktor weithin die Schlüsselrolle in der Sicherheitspolitik beigemessen. Er wurde von den einschlägigen Experten mehrheitlich als das Mittel der Politik schlechthin betrachtet, "das alle anderen übertrifft". Immer wieder hieß es geradezu axiomatisch, daß eben doch "Streitkräfte... die effektivste Form der Macht" blieben<sup>2</sup>. Gegenpositionen galten als realitätsfern. Die Gretchenfrage der traditionellen Sicherheitspolitik - was kann, was soll, wie darf der militärische Faktor zur Beherrschung und Lösung sicherheitspolitischer Probleme beitragen - schien damit grundsätzlich und auf Dauer beantwortet. Mit der Zeitenwende, wie sie der Zusammenbruch des gesellschaftlichen Systems des "realen Sozialismus" - verbunden mit dem insgesamt recht abrupten Ende des Ost-West-Antagonismus - zweifellos darstellt, hatte ja niemand ernstlich gerechnet.

Dennoch ist das Unerwartete eingetreten bzw. von den Völkern im Bereich des Warschauer Vertrages herbeigeführt worden. Damit ist es zugleich hohe Zeit, die Diskussion um die skizzierte Gretchenfrage im veränderten Koordinatensystem der internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen und neu zu führen. Selbst Repräsentanten der NATO wie deren Generalsekretär Manfred Wörner, denen noch am ehesten ein ungebrochenes Verhältnis zur sicherheitspolitischen Sinnhaftigkeit des militärischen Faktors nachgesagt wird, treffen heute, als sei dies quasi eine Selbstverständlichkeit, Aussagen wie die folgende: "Ja, die Bedeutung des Militärs schlechthin geht in einer Situation, wie wir sie jetzt haben, zurück. Das haben wir ja so gewollt."<sup>3</sup>

Im folgenden sollen einige Gedanken zu diesem Thema - zugeschnitten auf Europa und eher theseartig - vorgebracht werden. Wir verbinden damit durchaus eine gewisse Hoffnung, daß auch einige Argumente, Schlußfolge-

rungen und Ideen älteren Datums heute womöglich eher eine Chance haben, von der Politik aufgegriffen zu werden.

#### **Existenzielle Herausforderungen**

Auf dem europäischen Kontinent wird der militärische Faktor auf absehbare Zeit, werden insbesondere hochgerüstete und hochmoderne, über das ganze Spektrum heutiger Kampftechnik armierte Streitkräfte in für Friedenszeiten historisch nach wie vor präzedenzlosem Umfang eine Realität bleiben. Spürbar gewachsen sind jedoch die Voraussetzungen, diesen Faktor in der Gesamtregion vom Atlantik bis zum Ural demokratisch zu kontrollieren, drastisch zu minimieren und ausschließlich auf Friedens- und Zivilisationserhalt zu orientieren. Die Diskussion dieser Problematik erfordert eine Bestimmung der Rolle des militärischen Faktors für die umfassende Sicherheit Europas.

Sicherheit selbst kann als Freiheit zur Eigenentwicklung definiert werden. Sie ist naturgemäß stets ein relativer Zustand im Hinblick auf das Ausmaß und die Wirkungen bestehender Bedrohungen. Ihr Grad bestimmt sich aus dem Verhältnis von Gefahren und der Fähigkeit, diese zu kontrollieren, einzudämmen oder zu beseitigen. Sicherheit ist zugleich ein komplexes Phänomen mit inneren und äußeren politischen, militärischen, ökologischen, wirtschaftlichen und humanitären Aspekten.

Die Freiheit zur Eigenentwicklung der europäischen Staaten und Völker ist - ungeachtet der Beendigung der Ost-West-Konfrontation - heute prinzipiell in mehrfacher Hinsicht infrage gestellt. Europa ist mit verschiedenartigen Überlebensbedrohungen konfrontiert.

Die kardinalen Risiken und Herausforderungen, um die es dabei objektiv geht, sind folgende:

- \* die zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt;

- \* die Fortexistenz militärischer Selbstvernichtungspotentiale;
- \* die Verbreitung ziviler Hochrisikotechnologien und -systeme<sup>4</sup>;
- \* regionale Instabilitäten und Konflikte mit potentieller Bürgerkriegs- bzw. Kriegsgefahr in und zwischen zahlreichen Ländern sowie
- \* die Krisenregionen in der Dritten Welt.

Keines dieser Probleme kann mit militärischen Mitteln gelöst werden - gelöst im Sinne einer Bewältigung von Ursachen und Erscheinungsformen. Im Gegenteil! Voraussetzungen dafür wären vielmehr:

- die grundlegende Veränderung der noch konfrontativen Militärpolitik, -doktrinen und -strategien;
- die drastische Reduzierung der vorhandenen Streitkräftepotentiale in Richtung einer durchgängigen strukturellen Angriffsunfähigkeit<sup>5</sup> verbundenen mit einer spürbaren fiskalischen Konversion großer Teile der heutigen Verteidigungshaushalte sowie - damit korrespondierend,
- die Einstellung des quantitativen und vor allem des qualitativen Wettübens und
- insgesamt die schrittweise, aber kontinuierlich-zielgerichtete Entmilitarisierung der internationalen Staatenbeziehungen.

#### **Zur militärischen Sicherheitslage Europas**

Die derzeitige Entwicklung auf unserem Kontinent ist gekennzeichnet durch den Übergang von der Konfrontation vorrangig auf militärische Macht gestützter Sicherheitsstrukturen zur Kooperation zwischen allen hiesigen Staaten mit der Tendenz zu nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen. Dieser Übergang trägt, ohne ausschließlich Reflex darauf zu sein, dem Sachverhalt Rechnung, daß Krieg jeglicher Art und Intensität in Europa sinnlos geworden ist, weil er die Lebensfähigkeit des modernen Industriestaates zerstören würde.<sup>6</sup> Das

gilt für den Angriffs- wie für den Verteidigungskrieg. Hieraus folgt, daß es objektiv auf keiner Seite ein Interesse an Krieg gibt, was allerdings - so muß eingeschränkt werden - keine abschließende Versicherung gegen subjektives "Fehlverhalten" einschließen kann, solange die Instrumente der Kriegsführung in Europa noch im Übermaß versammelt sind.

Aus den vorhandenen militärischen Potentialen in Europa, die dem - ungeachtet zwischenzeitlicher verbaler Pirouetten de facto aufrechterhaltenen - Ziel gegenseitiger Abschreckung dienen, resultiert ein gleiches Maß existentieller Gefährdung für beide Seiten. Ein Versagen dieses Abschreckungssystems brächte die Vernichtung Europas. Notwendig ist daher ein politisch gesteuerter multilateraler, d. h. im Rahmen der KSZE zu realisierender Prozeß des Übergangs vom militärisch nicht mehr zusichernden zum nichtmilitärisch gesicherten Frieden.

Die Möglichkeiten dafür haben sich durch die demokratischen Umwälzungen in den ost- und südosteuropäischen Ländern sowie durch die deutsche Vereinigung erheblich vergrößert. Dazu trägt auch ein sich entwickelndes, zunehmend spürbares komplexes Sicherheitsverständnis. Das die heutige europäische Lage andererseits mit der Herausforderung verknüpft ist, zu gewährleisten, daß aus den gesellschaftlichen Umwälzungen in den Warschauer Vertragsstaaten (sowie Jugoslawien) und aus der deutschen Vereinigung keine neuen Sicherheitsrisiken entspringen, verleiht dieser Lage zugleich eine gewisse Ambivalenz.

Dennoch können heute einige sehr wichtige grundlegende übereinstimmende militärische Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten benannt werden. Das sind die Interessen

- \* an einer jederzeit gesicherten Kriegsverhütung und an einem deeskalierenden Krisenmanagement;
- \* an umfassender militärischer Vertrauensbildung und Überwindung jeglicher militärischer Feindschaft und Frontstellung auf dem Kontinent;
- \* an tiefgreifender quantitativer konventioneller und z. T. nuklearer Abrüstung zwischen Atlantik und Ural;
- \* an der Wandlung der Bündnisysteme aus militärischpolitischen in

politische Zusammenschlüsse und nicht zuletzt

\* an der Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen (einschließlich gewisser militärischer) auf dem Weg zu einer Friedensordnung.

## Neudefinition des Auftrages von Streitkräften

Im Rahmen dieser Sicherheitsinteressen sind Streitkräfte noch legitimierbar und notwendig als Instrument und Bestandteil der Friedenspolitik demokratisch verfaßter und miteinander umgehender Staaten. Ihr Auftrag muß sich jedoch allein aus ihren primär politischen Funktionen zur Bewahrung der äußeren Sicherheit und zur Gewährleistung des friedlichen Lebens ihrer Bürger ergeben und sich als aktive Friedensgestaltung verstehen - gekoppelt mit einschneidender Abrüstung. Das erfordert eine qualitativ neuartige Militärpolitik, die sich über den Tellerrand bisherigen militärischen Denkens im Rahmen der althergebrachten Axiome, Doktrinen und Strategien erhebt. Streitkräfte haben demgemäß

- die Souveränität der Staaten zu wahren, um im Prozeß der Herausbildung gemeinsamer europäischer und perspektivisch konföderativer Sicherheitsstrukturen mitzuwirken;
- den Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie der Verifikation entsprechender Vereinbarungen und Maßnahmen aktiv mitzugestalten;
- die militärische Vertrauensbildung und den Abbau der Feindbilder zu fördern und
- zur Aufrechterhaltung der Abwehrbereitschaft gegen Rückfälle im Entspannungsprozeß nach den Prinzipien minimaler Hinlänglichkeit und kollektiver Selbstverteidigung beizutragen.

In diesem Zusammenhang muß konsequent von der Realität ausgegangen werden, daß das Zeitalter der Massenarmeen und damit verbundener Wehrpflicht vorüber ist.<sup>7</sup> Gefordert ist eine Konzeption für die Reorganisation des noch erforderlichen Militärs nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Die Diskussion darüber wird in Deutschland bisher zwar eher mit argumentativen Versatzstücken und Glaubensbekenntnissen denn sachlich geführt, aber sie hat zumindest

begonnen und konturiert sich der notwendigen Richtung.

Die künftige nationale und internationale Entwicklung sollte einseitige Schritte hin zu einer etappenweisen Entmilitarisierung im Rahmen europäischer Lösungen und bei politischen Sicherheitsgarantien einschließen.

Darüber hinaus muß beachtet werden, daß die jetzt anstehende tiefgreifende Abrüstung und Reorganisation der Streitkräfte der KSZE-Staaten, wenn sie die Entwicklung zu einer europäischen Friedensordnung nicht verschiedenartigen Belastungen aussetzen soll, politisch, sozial, ökologisch und wirtschaftlich verträglich gestaltet werden muß. Das wird ohne Konversionskonzepte, -planungen und -maßnahmen der beteiligten Staaten, auch auf gouvernementaler Ebene, nicht möglich sein.

## Schaffung der Europäischen Sicherheitsunion

Die Perspektive der europäischen Sicherheit muß unseres Erachtens in Richtung auf die Schaffung einer eigenständigen, institutionalisierten Dimension der KSZE gesucht werden, d. h. in Richtung auf die Errichtung einer - um es auf einen Begriff zu bringen - Gesamteuropäischen Sicherheitsunion.<sup>8</sup> In eine solche Richtung denkt auch mancher in Westeuropa. So hat der frühere belgische Außenminister Pierre Harmel unlängst die Auffassung vertreten, daß neue Strukturen der Sicherheit für ganz Europa entwickelt werden sollten - innerhalb der kommenden zehn Jahre sollten NATO und Warschauer Vertrag durch ein alle KSZE-Staaten einbeziehendes Sicherheitssystem abgelöst werden.<sup>9</sup> Eine gewisse politische Pikanterie liegt hierbei natürlich darin, daß dies von einem Politiker kommt, dessen Person und Name aufs engste mit der derzeit gültigen politischen Strategie der NATO verbunden sind, die 1967 angenommen wurde und im sogenannten Harmel-Bericht "Über die künftigen Aufgaben der Allianz" niedergelegt ist.

**Eine Europäische Sicherheitsunion müßte eine Organisation aller KSZE-Teilnehmer werden, in der die Länder des Warschauer Vertrages und der NATO (sowie die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten) kooperativ - und zwar schrittweise in einer bündnisähn-**

## lichen Qualität - sowie komplex zusammenwirken.

Für die Schaffung einer derartigen Sicherheitsunion steht eine Reihe vorhandener, sehr unterschiedlicher Organisationen und Integrationsmechanismen zur Verfügung - NATO, EG, EFTA, WEU, KSZE u. a. m. Während die Organisationen des Ostens sich in einer tiefen Krise und in Auflösung befinden (WVO und RGW), sind die des Westens funktionsfähig.

Sie sehen sich vielfältigen neuen Herausforderungen gegenüber, von denen ihre notwendige schrittweise Öffnung nach Osten die gravierendste sein dürfte.

Eine Schlüsselrolle kommt dem KSZE-Prozeß zu. Er umfaßt nicht nur ganz Europa, sondern bildet zugleich eine Brücke nach Nordamerika. Er schließt Ost wie West gleichermaßen ein und beinhaltet bei gemeinsam anerkannten politischen Grundprinzipien bereits jetzt ein breites Spektrum kooperativer politischer, abrüstungspolitischer, humanitärer u. a. Aktivitäten. Neben seiner zielgerichteten Weiterentwicklung in Gestalt der auf dem Pariser KSZE-Gipfeltreffen im November 1990 eingeleiteten Institutionalisierung wird künftig allerdings auch seine Koppelung mit anderen funktionierenden europäischen Strukturen - wie z. B. der EG, dem Europarat und seiner parlamentarischen Versammlung, aber möglicherweise auch mit der NATO - notwendig sein.

Die militärpolitische Bedeutung des KSZE-Prozesses muß und kann dabei systematisch erhöht werden, insbesondere durch die Implementierung des Wien-I-Abkommens über konventionelle Abrüstung sowie durch die Fortsetzung der Verhandlungen in Richtung Wien II, aber auch durch die weitere Stärkung des Regimes der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa. Dazu können, entsprechenden Gestaltungswillen der KSZE-Staaten vorausgesetzt, auch die in Paris beschlossenen Institutionalisierungsschritte beitragen, die in diesem Kontext folgendes einschließen:

- regelmäßige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs;
- regelmäßige Treffen der Außen- und bei Bedarf anderer Minister, d. h. unter Umständen auch der Ressortchefs für Verteidigung;
- die Schaffung eines Konfliktverhütungszentrums, dem die Rolle ei-

nes Instruments der politischen Konsultation und Streitschlichtung zu wachsen könnte.

Darüber hinaus besteht objektiv Bedarf für weitere sicherheitspolitische Elemente im KSZE-Prozeß, und es ist anzuregen, künftig die Diskussion zu intensivieren bzw. überhaupt erst einmal zu eröffnen über Fragen wie:

- die Schaffung eines KSZE-Zentrums für die kollektive, kooperative Verifikation der Realisierung von Abrüstungsvereinbarungen;
- die Errichtung eines weiteren derartigen Zentrums für die komplexen und komplizierten Fragen der Konversion, für die bisher nirgendwo ein ausreichender Erfahrungshorizont oder auch nur ein angemessener wissenschaftlich-technologischer Vorlauf besteht;
- die Einrichtung eines modernen permanenten Kommunikationssystems zwischen allen KSZE-Staaten zur Deeskalation von Krisen und
- regelmäßige Treffen der Generalstabschefs und von Militärs auf allen Ebenen zur Entwicklung eines intensiven Dialogs zwischen den Streitkräften im KSZE-Bereich.

Rien ne va plus für den militärischen Faktor in und für Europa? Im althergebrachten Sinne und im Rahmen der Clausewitzschen Diktums vom Krieg als einer "Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel"<sup>10</sup> - ganz gewiß. Doch gerade deswegen können und müssen der militärische Faktor und der politische Umgang mit ihm durch die Staaten einen positiven Beitrag zur Friedensgestaltung in Europa leisten.

### Anmerkungen

1 So der britische Experte Lawrence Martin, in: Adelphi Papers (Ed.: The International Institute for Strategic Studies) Nr. 102, London 1973, S. 14

2 So der namhafte amerikanische Theoretiker Joseph Nye, in: Orbis, Philadelphia, 2/1982, S. 396

3 In einem Interview im Deutschlandfunk am 19. 11. 1990.

4 Siehe in diesem Zusammenhang u. a. ausführlich das Buch von Ch. Perrow, Normale Katastrophen. Die unvermeidlichen Risiken der Großtechnik, Frankfurt/M. - New York 1988, insbesondere die Kapitel über KKW, S. 57ff., über petrochemische Anlagen, S. 141ff. sowie über Gentechnologie, S. 340 ff.

5 Siehe dazu im einzelnen: W. Schwarz, Strukturelle Angriffsunfähigkeit in Euro-

pa. Erfordernisse, Konzepte, Hemmnisse, IPW-Forschungshefte, Berlin, 2/1989, S. 60ff.

6 Siehe z. B.: G. Knies/W. Schwarz, Verwundbarkeit moderner Industriegesellschaften - Folgen eines konventionellen Krieges in Europa, Occasional Papers (Hrsg.: Internationales Institut für den Frieden) Nr. 2, Wien 1990, S. 2ff.

7 Eine neuere interessante Argumentation dazu liefert z. B. K. Kister, Plädoyer für eine Berufarmee, in: Süddeutsche Zeitung, München, 22./23. 9. 1990

8 Siehe dazu auch: D. Senghaas, Abrüstung und ein fairer Umgang mit der Sowjetunion, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 22. 6. 1990; E. O. Czernpiel, Eine Institution, die Ungewißheit verringert, in: FAZ, Frankfurt, 21. 8. 1990

9 Vgl.: Süddeutsche Zeitung, a. a. O., 5. 7. 1990

10 C. von Clausewitz, Vom Kriege. Skizzen zum achten Buche. Kriegsplan, in: ders., Ausgewählte militärische Schriften, (Ost-) Berlin 1980, S. 436

### Impressum

MEDIATUS

Verlag und Herausgeber: Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.

Redaktion: Otfried Nassauer/

Erich Schmidt-Eenboom

Der MEDIATUS erscheint monatlich. Bezugspreis DM 48.- jährlich incl. Porto und MWSt, Arbeitslose, Studenten, Schüler, Wehrpflichtige und ZDL DM 36.-, Bürger der DDR DM 36.-; Mitglieder des Unabhängigen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (UIFK), Berlin-Leipzig DM 24.-.

Der MEDIATUS wird vom Forschungsinstitut für Friedenspolitik im Selbstverlag erstellt. Für Mitglieder des Forschungsinstituts für Friedenspolitik ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anschrift der Redaktion und des Verlages: Lohgasse 3, Postfach 201, 8120 Weilheim, Telefon 0881/4586, Telefax 0881/2080

Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, BLZ 70054080, Konto-Nr. 60632 oder Postgiroamt München, BLZ 70010080, Postgirokonto Nr. 92738-805.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Gewähr übernommen. Bei Nichterscheinen oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Instituts und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Haftung.

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 7 vom 1.6.1989

Druck: Weber Direktmarketing, München

ISSN 0176-5116

chen Mittellage unweigerlich eine besondere sicherheitspolitische Rolle und Verantwortung zu. Umfang und Organisation der Streitkräfte werden dadurch direkt beeinflusst. Gleiches gilt für die von allen europäischen Partnern gewünschte Verankerung Deutschland in multilaterale sicherheitspolitische Kommando- und Entscheidungsstrukturen. Jeder "Sonderweg" der Deutschen würde stets von unseren Nachbarn als potentielle Gefahr für die eigene Sicherheit wahrgenommen werden.

Daraus leitet sich jedoch nicht ein Verzicht auf Initiative zur Veränderung von nationalen und kollektiven Streitkräftestärken und -strukturen ab. Im Gegenteil. Die feste Einbindung begünstigt die Beeinflussung von Reformprozessen innerhalb der NATO ebenso, wie eine Ausweitung der sicherheitspolitischen Kooperation Deutschland mit der Sowjetunion und den Nachbarstaaten Mittel- und Osteuropas dazu beitragen kann, eine zunehmend gesamteuropäische Vernetzung von Sicherheit und Sicherheitspolitik zu erreichen. In diesem doppelten Kontext lassen sich neue Stabilitätskriterien militärischer Sicherheit in Europa finden, die auf die künftige Ausgestaltung auch der militärischen Strukturen Deutschlands zurückwirken. Eine solche Orientierung

sollte den Leitfaden für weitere Verhandlungen über Abrüstung und Vertrauensbildung in Gesamteuropa bilden. Mit der Beseitigung der konstitutiven Bestandteile der Blockkonfrontation in Europa werden solche Strukturwandlungen möglich, wie beispielsweise die Eliminierung aller nuklearen Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen, die Verringerung aktiver Verbände durch Reduzierung bzw. Ausdünnung im Bestand von Personal und Bewaffnung, die Beseitigung von besonders offensivfähigen Großverbänden (Panzerdivisionen, Luft- und Seelandedivisionen, schwere Jagdbombergeschwader), die Entflechtung grenznaher Stationierungen, die Neufassung von Kriterien operativer Einsatzplanung (De-eskalation im Krisen- und Konfliktfall) sowie ein Beschneiden kurzfristiger Aufwuchsfähigkeiten. Entsprechend sollte der Charakter und der Umfang von Ausbildungsmaßnahmen und Manövern verändert werden. Sicherheitspolitisch bedenkenswert ist auch der Ausbau direkter vertrauensbildender Kontakte, Truppenbegegnungen, Austauschprogramme in der soldaten- und Offiziersausbildung, die Bereitstellung von freiwilligen Kontingenten im Rahmen einer durch eine künftige KSZE-Exekutive gegebenenfalls zu rekrutierenden Friedenstruppe.

Wieviele Soldaten braucht Deutschland? Der unvollständige Versuch einer Antwort auf eine ebenso unzureichende Frage könnte lauten: Deutschland braucht so wenig Soldaten, wie notwendig sind, um einen Angriff auf Deutschland nicht lohnenswert erscheinen zu lassen und keinesfalls so viele, um selbst in der Lage zu sein, Angriffe zu führen. Die europäische Sicherheit Deutschlands ist allein militärisch nicht mehr zu gewährleisten und schon gar nicht zu verteidigen. Sie wird militärisch gegenwärtig aber auch nicht bedroht. Diese glückliche Lage zu erhalten und für Gesamteuropa auszubauen ist in erster Linie ein Auftrag an die Politik.

#### Literaturhinweise

*Dieter S. Lutz*, Deutsche Einheit - europäische Sicherheit oder Brauchen wir noch (deutsche) Streitkräfte, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 43, Hamburg März 1990;

*Roland Kästner*, Überlegungen zu einer künftigen Wehrstruktur deutscher Streitkräfte in einem Europa kooperativer Sicherheit, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH, 31.3.1990 (Manuskript.)

## Autoren dieses Heftes

**Gabriele Fischer**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Bonn.

Dr. **Siegfried Fischer**, Kapitän zur See der NVA a.D., Mitglied der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES) in Berlin.

Dr. sc. **Hans-Joachim Gießmann**, z. Zt. persönlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag bei Karsten Voigt MdB, Mitglied der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES).

Dr. **Lutz Kleinwächter**, bis Dezember 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam/Babelsberg.

Dr. sc. **Christian Machon**, bis Dezember 1990 Direktor des Instituts für Konversion der Streitkräfte in Dresden.

**Otfried Nassauer**, Friedensforscher und freier Journalist in Hamburg.

**Erich Schmidt-Eenboom**, Leiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V. in Weilheim.

Dr. **Wolfgang Schwarz**, bis Oktober 1990 stellvertretender Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik im Amt des Ministerpräsidenten der DDR, Sekretär der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik (SES) in Berlin.

Prof. Dr. **Hans Süß**, Generalleutnant der NVA a.D., Mitglied der Dresdner Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) in Dresden.

**Diese Publikation und ihre Erarbeitung wurden von der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf gefördert.**

Die MEDIATUS/Redaktion wird sich auch künftig mit den sicherheits- und militärpolitischen Fragen im geeinten Deutschland beschäftigen: Im Heft 1/2 1990 mit einem Beitrag von Klaus Benjowski zur **Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte** in der Ex-DDR, im Heft 3/4 1990 mit den **Rüstungsaltlasten** in den ostdeutschen Ländern und im Heft 5/6 1990 mit den **Altlasten von NVA und Sowjetstreitkräften** in den ostdeutschen Bundesländern.